Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1937)

Artikel: Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: Seematter, A. / Joss, F. / Guggisberg, P.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418582

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1937.

Bericht der Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident:	Vom 1. Januar bis 31. Mai:	Regierungsrat **A. Seematter.**
	Vom 1. Juni bis 31. Dezember:	Regierungsrat **Fr. Joss.**
Vizepräsident des Regierungsrates:	Vom 1. Januar bis 31. Mai:	Regierungsrat **Fr. Joss.**
	Vom 1. Juni bis 31. Dezember:	Regierungsrat Dr. **P. Guggisberg.**

Volksabstimmungen.

Es fanden im Berichtsjahre 2 kantonale und 1 eidgenössische Abstimmung statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Am 20. April hatte das Bernervolk über 5 Vorlagen abzustimmen. Alle Anträge der vorberatenden Behörden wurden angenommen, und zwar:

Abänderung von Art. 19 der Staatsverfassung (Herabsetzung der Mitgliederzahl des Grossen Rates) mit 59,753 gegen 7169 Stimmen, also mit einem Mehr von 52,584 Stimmen;

Abänderung von Art. 87 der Staatsverfassung (Aufhebung der Schulsynode) mit 56,313 gegen 9736 Stimmen; die annehmende Mehrheit betrug 46,577 Stimmen;

Gesetz über weitere Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Staatshaushalt mit 48,276 gegen 17,404 Stimmen, mit einem Mehr von 30,872 Stimmen;

Abänderung des Volksbeschlusses vom 19. April 1931 über die Beschleunigung des Strassenausbaues mit 54,625 gegen 12,016 Stimmen; annehmende Mehrheit 42,609 Stimmen;

Volksbeschluss zur Aufnahme von Anleihen für die Bedürfnisse der laufenden Verwaltung und zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung mit 49,766 gegen 13,807 Stimmen, oder mit einer Mehrheit von 35,959 Stimmen.

Bei dieser Abstimmung gingen insgesamt von 210,277 stimmberechtigten Bürgern 69,581 oder rund 33 % an die Urne.

Am 7. Dezember beschlossen die Stimmberechtigten den Bau der Sustenstrasse mit 85,668 gegen 19,660 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 66,008 Stimmen. Dagegen wurde am gleichen Tage die Gesetzesvorlage über die Hundetaxe abgelehnt mit 52,485 Ja gegen

57,923 Nein, also mit einem Unterschied von 5438 Stimmen.

Von 211,362 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 117,012 oder 55 % an die Urne.

B. Eidgenössische Volksabstimmung.

In eidgenössischen Angelegenheiten wurden die Stimmberechtigten nur einmal zur Urne gerufen, nämlich am 7. Dezember. Zur Abstimmung kam der Beschluss über das Volksbegehren betreffend Ergänzung des Art. 56 der Bundesverfassung (Verbot der Freimaurerei und ähnlicher Vereinigungen). Bei 212,843 in eidgenössischen Fragen Stimmberechtigten gingen 117,220 zur Urne oder 55 %; dabei wurde das Volksbegehren im Kantonsgebiet abgelehnt mit 67,956 gegen 46,448 Stimmen oder mit einem Mehr von 21,508 Stimmen.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode 1. Dezember 1937 bis 30. November 1938 die bisherigen, Regierungsrat Dr. H. Mouttet und Rudolf Weber, Landwirt, Grasswil, gewählt.

Von der bernischen Vertretung im Nationalrat trat im Berichtsjahr Dr. Walter Stucki in Bern zurück. An dessen Stelle rückte von der Liste der freisinnig-demokratischen Partei nach Hans Müller, Ingenieur in Aarberg.

Grosser Rat.

Der Grosse Rat hielt im ganzen 6 Sessionen mit insgesamt 36 Sitzungen ab; drei Sessionen im Januar, Februar und August waren ausserordentliche.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1936/37 amtete als Grossratspräsident Notar G. Bühler in Frutigen. Für das Verwaltungsjahr 1937/38 wurde als Grossratspräsident Henri Strahm, Buchdrucker in Cormoret, gewählt; als Vizepräsidenten: Hermann Hulliger, Lehrer, Heimberg, und Eduard von Steiger, Fürsprecher in Bern.

Der Bestand der Behörde erlitt im Berichtsjahr verschiedene Veränderungen. Verstorben sind die Mitglieder Dr. Werner Frölich, Arzt in Sumiswald, und Hermann Lindt, gew. Stadtpräsident, Bern, während aus dem Rate austraten Fritz von Almen, Hotelier, Lauterbrunnen; Dr. Hans Flück, Tierarzt, Unterseen; Hans Born, Vorsteher der schweizerischen Zentralstelle für Heimarbeit, Bern; Louis Theurillat, industriel, Pruntrut; Arnold Juillerat, Landwirt, Undervelier; Johann Friedrich Messerli, Drogist, Interlaken; Christian Bürki, Wirt, Delsberg, und Abel Jolissaint, St. Immer.

Dafür traten neu in den Rat ein: Jakob Mühle, Landwirt, Wyssachen; Othmar Etterich, Kaufmann, Bern; Gottfried Bohren, Führerobmann, Grindelwald; Heinrich Brunner, Landwirt, Habkern; Dr. Paul Flückiger, Fürsprecher, Bern; Sylvain Michel, Postbeamter, Courtedoux; Theodor Schindelholz, Geschäftsführer, Delsberg; Hermann Straub, Schreinermeister, Matten bei Interlaken; Arthur Terrier, Kassier M. U. V., Delsberg; und Oscar Voisin, Landwirt, Corgémont.

Folgende wichtigere Geschäfte wurden behandelt:

1. Gesetze. Gesetz über die Hundetaxe; Gesetz über das Salzregal (erste Lesung), Gesetz über das Gastwirtschaftsgewerbe und den Handel mit geistigen Getränken (erste Lesung).

2. Dekrete. Dekret betreffend die Ausübung von Nebenberufen durch die Notare; Dekret über die Revision des Konkordates betreffend die wohnörtliche Unterstützung; Dekret betreffend die Einreihung der Gemeinden in Besoldungsklassen für die Lehrerbesoldungen; Dekret betreffend Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des Dekretes vom 22. Januar 1919, mit Abänderungen vom 16. November 1927 und 14. November 1935 betreffend die Veranlagung zur Einkommenssteuer; Dekret über die Einteilung des Staatsgebietes in Grossratswahlkreise; Dekret über die Organisation der Gerichtsbehörden im Amtsbezirk Bern; Dekret betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Dekretes betreffend die Herabsetzung der Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates Bern vom 23. November 1933; Beschluss betreffend die Staatsbeiträge an die Viehversicherung.

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen. Aus den Vorjahren waren noch zu behandeln 2 Motionen; im Laufe des Berichtsjahres wurden neu eingereicht 27; behandelt wurden 20 und zurückgezogen 3, so dass am Ende des Geschäftsjahres noch hängig waren 6. Ferner wurden behandelt 5 Postulate, sowie 19 Interpellationen und 21 einfache Anfragen beantwortet. Als Neuerung ist zu erwähnen, dass die Antworten des Regierungsrates auf die einfachen Anfragen nicht mehr verlesen, sondern sämtlichen Ratsmitgliedern vervielfältigt ausgeteilt werden.

4. Andere Geschäfte. Von solchen seien als wichtigere erwähnt: Behandlung des Volksbeschlusses zur Aufnahme von Anleihen für die Bedürfnisse der laufenden Verwaltung und zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung. Annahme einer Konversionsanleihe von 25 Millionen Franken zu 3½ %. Aufnahme einer Konversionsanleihe von 26 Millionen Franken zu 3½ %. Chemisches Institut, Erweiterung des Laboratoriums. Physiologisches Institut der Universität, Erneuerung. Umbau des Schlosses Pruntrut in eine Kaserne. Volksbeschluss über den Bau der Sustenstrasse. Volksbeschluss über die Verlegung der Staatsstrasse Court-Münster. Volksbeschluss betreffend Ausbau des Staatsarchivs.

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor des Armenwesens, A. Seematter. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident Fr. Joss, Direktor des Innern, das Präsidium, während als Vizepräsident gewählt wurde Dr. P. Guggisberg, Finanzdirektor.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 112 Sitzungen ab und behandelte 5999 Geschäfte. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Regierungsrat wiederholt mit der Frage der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Staatshaushalt beschäftigt. Es wird streng danach getrachtet, alle überflüssigen Ausgaben zu vermeiden.

In verschiedenen Sitzungen beschäftigte sich der Rat auch mit Fragen über die Bekämpfung und Mil-

derung der Arbeitslosigkeit. Infolge des Abwertungsbeschlusses des Bundesrates aus dem Vorjahre ist die Zahl der Arbeitslosen im Kanton Bern wesentlich zurückgegangen. Vergleichsweise beträgt der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Monat August 1936 38,6 % und gegenüber dem Dezember, also einem Monat, in welchem sich die Abwertung bereits ausgewirkt hatte, 12,4 %. Dieser Rückgang ist nicht allein zurückzuführen auf den Abwertungsbeschluss des Bundesrates, sondern ebensosehr auf die Durchführung von grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprojekten und die Aufnahme einer Arbeitsbeschaffungsanleihe. Hoffentlich hält die eingetretene Besserung auf dem bernischen Arbeitsmarkt auch für die Zukunft an. Für Einzelheiten bezüglich Massnahmen zur Gesundung der Staatsfinanzen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verweisen wir im übrigen auf die Berichte der direkt beteiligten Direktionen.

In das abgelaufene Geschäftsjahr fallen auch verschiedene Wasserkatastrophen. Durch das lang anhaltende schlechte Wetter zu Beginn des Jahres wurden die Erdrutsche bei Court und Bipschal (Ligerz) verursacht. Dazu kamen sehr grosse Wasserschäden am Thunersee, hauptsächlich in der Gegend von Oberhofen. Mit Rücksicht auf die eingetretenen Schäden und zur Behebung der Not hat der Regierungsrat eine Geldsammlung beschlossen, die den schönen Betrag von Fr. 155,117.48 ergab. Der Regierungsrat dankt allen Gebern für den zur Linderung der angerichteten Schäden gestifteten Beitrag bestens.

Im Berichtsjahr hat auch das Auftreten der Maul- und Klauenseuche unserer Landwirtschaft Schaden zugefügt. Dieser Stallfeind trat zuerst, offenbar aus der französischen Nachbarschaft eingeschleppt, im Amt Laufen auf und dehnte sich später in den Ämtern Bern und Fraubrunnen aus. Durch sofortiges energisches Einschreiten der staatlichen Organe konnte die weitere Ausbreitung der Seuche verhindert werden. Einzelheiten sind aus dem Bericht der Direktion der Landwirtschaft ersichtlich.

Bezirksbeamte.

Im Laufe des Berichtsjahres sind zurückgetreten Dr. Fritz Krebs, als Regierungsstatthalter, zugleich Gerichtspräsident von *Aarberg*, und Armin Weiss, als Regierungsstatthalter und Gerichtspräsident in *Schwarzenburg*. Der erstere wurde ersetzt durch Dr. Edwin Schweingruber, während im Amt Schwarzenburg neu gewählt wurde Eduard Müller.

Als Gerichtspräsident trat infolge seiner Wahl zum Oberrichter zurück Fürsprecher Otto Peter in *Bern*, an dessen Stelle neu gewählt wurde Dr. Walter Loosli, bisher Jugendanwalt. Der Amtsbezirk Bern hat ferner infolge Todesfalls zwei weitere Gerichtspräsidenten verloren, nämlich Dr. Walter Jäggi und Fürsprecher Werner Lehmann. An Stelle von Dr. Jäggi wurde gewählt Fürsprecher Hans Tschumi, während die Ersatzwahl für W. Lehmann in das nächste Berichtsjahr fällt.

Im Laufe des Berichtsjahres trat als Betreibungsbeamter (zugleich Gerichtsschreiber) von Fraubrunnen zurück Karl Weber. Die Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Ersatzwahlen für Mitglieder der Amtsgerichte. Im Amtsbezirk *Biel:* An Stelle des verstorbenen Hermann Sahli, Landwirt in Mett, Karl Schwarz, Baumeister in Biel; im Amtsbezirk *Interlaken* wurde an Stelle des verstorbenen Rudolf Häsler, Notar in Grindelwald, neu gewählt Johann Rubin, Sattlermeister in Lauterbrunnen; im Amtsbezirk *Nidau* verstarb Fritz Batschelet, Posthalter in Hermrigen. An die freigewordene Stelle wurde gewählt Fritz Rufer, Landwirt in Nidau. Im Amtsbezirk *Thun* verschieden die Amtsrichter Gottlieb Zysset, Sekretär in Glockenthal, und Gottfried Tschanz, Landwirt in Sigriswil. An Stelle der Dahingeschiedenen wurden gewählt Fritz Schneider, Eisenbahner in Uetendorf, und Fritz Wiedmer, Landwirt, Buchholterberg. Im Amtsbezirk *Trachselwald* trat zurück Emil Willener, Geschäftsführer in Huttwil. Er wurde ersetzt durch Ernst Neuenschwander, Landwirt, Grünenmatt; schliesslich verschied im Amtsbezirk *Frutigen* Gottlieb Brügger, Landwirt in Frutigen. Die Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Ergänzungswahlen für Ersatzmänner der Amtsgerichte fanden in folgenden Amtsbezirken statt: *Burgdorf:* Walter Christen, Landwirt, Niederösch, und Ernst Schoch, Konsumverwalter, Koppigen; *Courtelary:* Fernand Hippenmeyer, Fabrikant in Renan; *Frutigen:* Fritz v. Känel, Posthalter, Emdthal; *Interlaken:* Emil Ryter, Lehrer, Grindelwald; *Schwarzenburg:* Eduard Burgener, Landwirt, Rüschegg; *Niedersimmental:* Josef Martin Immoos, pensionierter Zugführer, Spiez; *Thun:* Arnold Brechbühler, Chauffeur, Steffisburg; *Trachselwald:* Jakob Wälchli, pensionierter Lokomotivführer, Huttwil.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben u. a. folgende Zahlen Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Eingänge . .	3,333
Überweisungen an den Grossen Rat . . .	159
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von . . . . Fr.	49,797.45
Beglaubigung von Unterschriften	23,807

Im Anweisungsverkehr wurden erledigt 1434 Gebührenfälle mit einem Ertrag von Fr. 128,355.75 (gegenüber dem Vorjahr zeigt sich ein Minderertrag von rund Fr. 79,950, der zurückzuführen ist auf eine Verminderung der Zahl der Einbürgerungen).

Die französische Abteilung besorgte ihrerseits 2683 Geschäfte, davon 817 des Regierungsrates und 1866 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Staatsarchiv.

I. Vom 1. Januar bis zum 15. März wurde das Archiv vom Stellvertreter des Staatsarchivars, Emil Meyer, geleitet. Am 8. Januar erfolgte die Wahl des neuen Staatsarchivars Dr. Rudolf von Fischer, bisher Bibliothekar der eidgenössischen Militärbibliothek in Bern. Der neue Staatsarchivar trat sein Amt am 15. März an. Am 31. August wurde als Magaziner des Staatsarchivs gewählt Gottfried Gerber, bisheriger provisorischer Inhaber der Stelle.

II. Die Benützung des Archivs vermehrte sich im Berichtsjahr auf 406 Benützer (1936 350) mit 1531 Besuchen (1936 1425). Dabei sind die genealogischen und

heraldischen Besucher, welche sehr zahlreich sind, nicht mitgerechnet.

III. Die Arbeit des Staatsarchivs stand im Berichtsjahr im Zeichen des vorgesehenen Neubaues, den der Grosse Rat in seiner Sitzung vom 24. November einstimmig dem Volk zu empfehlen beschloss.

Der Neubau hat einen ziemlich komplizierten Umzug beträchtlicher Bestände des Archivs im Gefolge, da das neue Archiv an die Stelle des alten zu stehen kommt und dieses niedergerissen werden muss. Die Archivbestände in den zum Abbruch vorgesehenen Häusern sind mannigfaltig und wegen des traditionellen Mangels an Platz behelfsweise untergebracht und in schwer übersehbaren Räumen, Kammern, Gelassen und Gängen aufgestapelt und zusammengewürfelt. Es war deshalb notwendig, genau festzustellen, was für Materiengruppen in den abzubrechenden Häusern untergebracht waren und wieviel Archivalien in den einzelnen Räumen sich befanden. Diese Aufnahmen wurden während des Sommers mit Beizug einer Aushilfskraft durchgeführt und ihr Ergebnis in einer doppelten Kartothek nach Materien und Raumanspruch niedergelegt. Die Kartothek wird für die Dispositionen des provisorischen Umzugs massgebend sein und als Vorarbeit zu einer sinnvollen Aufstellung im neuen Archiv dienen können. Der Vorbereitung des Umzugs diente ebenfalls die Ordnung und Zusammenstellung der Bezirksarchivalien und Verschiebungen in der Aufstellung der Bibliothek.

An Ordnungs- und Inventarisierungsarbeiten im Archiv ist zunächst die Reorganisation des Bibliothekbetriebes zu nennen. Der Übersicht über Herkunft und Zuwachs der Bücher wird in Zukunft die neu eingeführte Zuwachskontrolle dienen, der Regelung der periodischen Eingänge die Kartothek der periodischen Publikationen. Die Katalogisierung, die in den letzten Jahren vernachlässigt worden war, wurde in bezug auf die gebundenen Bände nachgeholt, für die Aufarbeitung der nicht katalogisierten Broschüren wird sich später Zeit finden. Eine Bibliothek vom Rang der bernischen Ratsbibliothek darf auf die Dauer nicht unkatalogisierte Bestände aufweisen.

Der Erschliessung der Bibliothek dient auch der in Angriff genommene Sachkatalog über Zeitschriftenaufsätze bernisch geschichtlich-heimatkundlichen Inhalts. Der Sachkatalog der selbständigen Publikationen dieses Inhalts wird 1938 unter Mitarbeit der Strafanstalt Witzwil begonnen werden.

An Ordnungsarbeiten im Bereich des eigentlichen Archivs verdient der Abschluss des Inventars des Inselarchivs und die Aufstellung eines Verzeichnisses über Berichte und Gutachten Erwähnung. Ebenso wurde die Archivkorrespondenz der letzten Jahre geordnet und registriert und die heraldische Korrespondenz seit 1914 gesichtet und geordnet. Da zahlreiche Archivbestände überhaupt nicht oder zum Teil sehr unzureichend inventarisiert sind, wurde eine Feststellung des Umfangs und der Art der Inventarisierung angeordnet. Sie ist noch nicht völlig durchgeführt, wird aber die Richtlinien ergeben für die zukünftige systematische Erschliessung der zahlreichen noch unbearbeiteten Bestandteile des Staatsarchivs.

Während diese allgemeine Erschliessung geeignet ist, den allgemein wissenschaftlichen Auskunftsdienst des Archivs zu fördern, wurde in bezug auf den besondern Zweig der familien- und wappenkundlichen Auskünfte eine besondere Regelung getroffen. Die meist geschäftlichen oder nur rein persönlichen Zwecken dienenden Anfragen dieser Art wurden mit einer bescheidenen Gebühr belegt. Eine im Entstehen begriffene Wappenkartothek wird dazu beitragen, die Auskunft auf diesem Gebiet auszubauen und zugleich zu erleichtern.

An wissenschaftlichen Bearbeitungen des Archivs traten hervor die Bearbeitung der bernischen Gesandtenverzeichnisse im 18. Jahrhundert als Beitrag an eine internationale Arbeit über diplomatische Vertretungen, und die Fortführung der Fontes rerum Bernensium, wo die Urkunden der ersten Hälfte des Jahres 1388 zum Druck gebracht wurden.

Im **jurassischen Archiv** ist im Berichtsjahr die schwierige Inventarisierung der Abteilung der adeligen Lehen beendet und die Bearbeitung der Abteilung der gemeinen Lehen begonnen worden

Das **Hallwylarchiv** wurde von einem Vertreter des Stiftungsrates inspiziert. Das Vermögen des Hallwylarchivfonds betrug auf 1. Januar 1937 Fr. 10,569.35. Es beträgt auf 1. Januar 1938 Fr. 10,435.50. Es wurden im Berichtsjahr dem abtretenden Staatsarchivar eine Sondervergütung von Fr. 400 ausgerichtet, für Fr. 91.70 einschlägige Literatur angeschafft und Fr. 12 für Verwaltungskosten verwendet. Die Zinseingänge betrugen Fr. 369.85.

Bern, den 31. Mai 1938.

Der Regierungspräsident:

Joss.

Vom Regierungsrat genehmigt am 24. Juni 1938.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider.**